



BBU-Pressemitteilung  
12.03.2024

Bundesverband  
Bürgerinitiativen  
Umweltschutz e.V.  
Prinz-Albert-Str. 55  
53113 Bonn  
Tel.: +49 (0) 228 214032  
Fax: +49 (0) 228 214033

bbu-bonn@t-online.de  
www.bbu-online.de  
www.facebook.com/bbu72

## **BBU-Mitgliederversammlung wählt Vorstand und feiert den 50. Gründungstag des BBU**

### **Intensive Debatten über Atomfabrik Lingen und CCS geführt**

(Bonn 12.03.2024) Auf der diesjährigen Mitgliederversammlung des Bundesverbands Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU e. V.) sind aktuelle umweltpolitische Themen wie die Erweiterung der Atomfabrik Lingen und die CO<sub>2</sub>-Speicherung CCS (Carbon Capture and Storage) diskutiert worden. Daneben wurden formale Punkte beraten, ein neuer Vorstand gewählt und auf den fünfzigsten Gründungstag des BBU gemeinsam angestoßen.

Als Mitglieder des Geschäftsführenden Vorstands sind Oliver Kalusch, Peter Schott und Ulla Weiß wieder gewählt worden. Oliver Kalusch bearbeitet u. a. die Themen Anlagensicherheit als Mitglied der Kommission für Anlagensicherheit (KAS), Fracking und CCS. Peter Schott engagiert sich u. a. in den Bereichen Künstliche Intelligenz, Ethik und Nanotechnologie. Der Grundwasserschutz und der Kampf gegen Fracking beschäftigt zurzeit Ulla Weiß.

In den erweiterten Vorstand sind Udo Buchholz, Kerstin Desch-Wöhrl und Gertrud Patan gewählt worden. Udo Buchholz, Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau, leistet aktiv Widerstand gegen die Urananreicherungsanlage Gronau und unterstützt die Anti-Atomkraft-Initiativen im Ems- und Münsterland sowie in den angrenzenden Niederlanden. Kerstin Desch-Wöhrl übernimmt die Aufgabe der Schriftführerin im BBU-Vorstand.

Gertrud Patan hat-seit den 1990er Jahren in Bürgerinitiativen gegen das AKW Obrigheim gekämpft, das 2005 im Rahmen des sog. Atomkonsens abgeschaltet wurde. Seitdem bearbeitet sie in der Initiative AtomErbe Obrigheim die Problematik der strahlenden

Hinterlassenschaften der Atomwirtschaft. Ihr Schwerpunkt liegt dabei auf der Freigabe von radioaktiv belasteten Materialien, die dann nicht mehr als Atommüll, sondern als "normaler Müll" gelten und deponiert, verbrannt oder weiterverwertet werden dürfen.

Auf der Versammlung wurden vier aktuelle Themen intensiv beraten: Alexander Vent, Mitglied im Bündnis AtomkraftgegnerInnen im Emsland (AgiEL), berichtete über den aktuellen Kampf gegen die Atomfabrik Lingen. In Lingen werden Brennelemente für Atomkraftwerke in ganz Europa hergestellt. Der Betrieb soll stark ausgeweitet werden. Aktuell läuft ein Genehmigungsverfahren für die beantragte Produktion von Brennelementen russischer Bauart. Unter dem Aspekt der Sicherheit ist die verstärkte Zusammenarbeit mit Rosatom, einem russischen Staatskonzern, sehr problematisch in Zeiten des Ukrainekriegs. Rosatom soll Kooperationspartner bei der Brennelementeproduktion in Lingen werden.

Udo Buchholz berichtete über sein Engagement im Kampf gegen die Aktivitäten der Atomkonzerne. Vor Ort in Gronau beteiligt er sich seit vielen Jahren zum Beispiel an der Organisation von Ostermärschen gegen die Urananreicherungsanlage (UAA). Aktuell soll neben der Urananreicherungsanlage zusätzlich noch eine Halle gebaut werden. Dort sollen kontaminierte Uran-Zentrifugen gelagert werden. Trotz beschlossenen Atomausstieg gibt es für die Uranfabriken in Gronau und Lingen keine Laufzeitbegrenzung. Und in den Niederlanden werden neue Atomkraftwerke geplant. Der BBU fordert die sofortige Stilllegung der Uranfabriken in Gronau und Lingen und lehnt die AKW-Pläne in den Niederlanden ab.

Einen weiteren schriftlichen Input gab Gertrud Patan, die krankheitsbedingt verhindert war, mit einem Text, der von Ulla Weiß vorgetragen wurde. Die Antwort auf die Frage: Wohin mit dem Atommüll? laute für die Atomkonzerne: Verschenken und Verteilen. Den langfristig aufzubewahrenden Atommüll verschenken sie an die Steuerzahler:innen, d. h. an den Staat. Und den Abrissmüll verteilen sie nach der sogenannten Freimessung entsprechend der Strahlenschutzverordnung trotz radioaktiver Belastung als "normalen Müll" in die Umwelt. Dies sei im Hinblick auf die Gefährdung von Mensch und Umwelt nicht akzeptabel.

Über die aktuell heiß diskutierte unterirdische Lagerung von CO<sub>2</sub> informierte Oliver Kalusch. Die Bundesregierung plant mit Hilfe von CCS (Carbon Capture and Storage) ihre Klimaziele zu erreichen. Doch das geschieht nur auf dem Papier, da die Entstehung des CO<sub>2</sub> nicht vermieden wird. Stattdessen wird es in den Untergrund verpresst. Geschieht dies im Meer in nicht ausgeförderten Bohrlöchern, besteht die Gefahr, dass das CO<sub>2</sub> wieder entweicht und das maritime Ökosystem schädigt. Sicherungseinrichtungen, die kontrollieren, dass das eingelagerte CO<sub>2</sub> im Speicher verbleibt, überzeugen bisher nicht. CCS lenkt zudem vom jetzt notwendigen ökologischen Umbau der Industrie, Wirtschaft und Gesellschaft hin zu regenerativen Energien und Energieeinsparen ab.

Insgesamt haben sich alle Anwesenden gefreut, sich persönlich über ihre wichtige umweltpolitische Arbeit in der BBU-Mitgliederversammlung austauschen zu können.

## Engagement unterstützen

Zur Finanzierung seines vielfältigen Engagements bittet der BBU um Spenden aus den Reihen der Bevölkerung. Spendenkonto: BBU, Sparkasse Bonn, IBAN: DE62370501980019002666, SWIFT-BIC: COLSDE33.

Informationen über den BBU und seine Aktivitäten gibt es im Internet unter <http://www.bbu-online.de> und telefonisch unter 0228-214032. Die Facebook-Adresse lautet [www.facebook.com/BBU72](http://www.facebook.com/BBU72). Postanschrift: BBU, Prinz-Albert-Str. 55, 53113 Bonn.

Der BBU ist der Dachverband zahlreicher Bürgerinitiativen, Umweltverbände und Einzelmitglieder. Er wurde 1972 gegründet und hat seinen Sitz in Bonn. Weitere Umweltgruppen, Aktionsbündnisse und engagierte Privatpersonen sind aufgerufen, dem BBU beizutreten um die themenübergreifende Vernetzung der Umweltschutzbewegung zu verstärken. Der BBU engagiert sich u. a. für menschen- und umweltfreundliche Verkehrskonzepte, für den sofortigen und weltweiten Atomausstieg, gegen die gefährliche CO<sub>2</sub>-Endlagerung, gegen Fracking und für umweltfreundliche Energiequellen.